

Abstract für den Kongress Momentum 2016

# Ist eine expansive österreichische Fiskalpolitik zur Reduktion der Arbeitslosigkeit noch möglich?

Die (Ohn-)Macht des Nationalstaates innerhalb der Europäischen  
Währungsunion und der Europäischen Union

Oliver Picek

18. April 2016

## 1 Einleitung

Die Schwäche der SPÖ ist auch dadurch begründet, dass es keine Antwort auf die Arbeitsmarktsituation gibt. Die Steuerreform hilft dafür zu wenig, und ein staatliches Konjunkturprogramm in Form von höheren Staatsausgaben ist nicht in Sicht. In Zeiten fallender Reallöhne vertritt die SPÖ das Versprechen auf ein besseres Leben nicht mehr glaubhaft.<sup>1</sup> Trotz Rekordarbeitslosigkeit und magerem Wachstum findet sich in der aktuellen Debatte kein Ruf nach einem Konjunkturpaket bzw. einem mehrjährigen staatlichen Ausgabenprogramm zur nachhaltigen Belebung der Wirtschaft.

---

<sup>1</sup>Angesichts der derzeitigen Arbeitsmarktsituation („Rekordarbeitslosigkeit“) fordern einzelne Politiker und Interessenvertreter bereits ein Schließen des österreichischen Arbeitsmarkts. Der Anstieg des Arbeitskräfteangebots in den vergangenen Jahren hat zur vermehrter Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte, vor allem aus Osteuropa und Deutschland, geführt, und in gewissen Branchen zu einer Verdrängung österreichischer Arbeitnehmer sowie zu einem höherem Druck auf die Löhne. Als Alternative zu einem Schließen der Grenzen hat Sozialminister Stöger eine europäische Investitions-offensive gefordert. Der Juncker-Plan, der das auf EU-Ebene bereits versucht, ist allerdings durch seinen Fokus auf privates Kapital und seine geringe Größe eingeschränkt. Ebenso scheint es derzeit unwahrscheinlich, dass die Fiskalregeln aufgeweicht werden, sodass eine ausreichende Expansion der Nachfrage gewährleistet werden könnte.

Die dominante Position, die sich auch in der Steuerreform wiederfindet, ist folgende: Ein rein österreichisches Ausgabenprogramm ist derzeit aus politischen wie ökonomischen Gründen schwierig umsetzbar.

Politisch:

1. Die Fiskalregeln der EU wurden verschärft, und es droht eine Geldstrafe bei Nichteinhaltung.
2. Mit dem Koalitionspartner ist es zum Teil nicht umsetzbar. Man will nichts fordern was man nicht halten kann, sonst steht man als „Umfaller“ da.

Ökonomisch:

3. Der Effekt ist gering:
  - a) Der Multiplikator österreichischer Staatsausgaben ist kleiner als in vergangenen Jahrzehnten. Höhere Ausgaben würden damit vermehrt ins Ausland abfließen.<sup>2</sup>
  - b) Selbst wenn der Effekt im eigenen Land bleibt (z.B. bei Bauten), würde er vermehrt ausländischen Arbeitnehmern und Firmen zugute kommen.
4. Eine unilaterale Erhöhung der Staatsausgaben könnte einen Anstieg der österreichischen Finanzierungskosten am Finanzmarkt zur Folge haben.
5. Bei einem massiven, wirklich wirkungsvollen Programm würde sich die österreichische Leistungs- und Handelsbilanz verschlechtern. Das Land könnte dadurch ins Visier der Finanzmärkte geraten, was wiederum einen Abbruch des Programms sowie ein Sparpaket zur Folge hätte.

Die politische Strategie, die sich daraus ableitet, ist, auf gegenfinanzierte Ausgaben oder gegenfinanzierte Steuerentlastungen zu setzen, und trotz keiner oder geringer Belastung des Budgets einen positiven gesamtwirtschaftlichen Effekt zu erreichen<sup>3</sup>.

## 2 Hypothese und potenzielle Ergebnisse

Der vorliegende Beitrag analysiert die vorgebrachten Argumente gegen ein Staatsausgabenprogramm, in unterschiedlicher wissenschaftlicher Tiefe, um festzustellen, wieviel

---

<sup>2</sup>Österreich, eine kleine offene Volkswirtschaft, ist eingebettet in ein System offener Grenzen innerhalb der EU (Freizügigkeit von Arbeit und Kapital). Die Internationalisierung von Wertschöpfungsketten hat seit 1990 stark zugenommen.

<sup>3</sup>basierend auf dem Haavelmo Theorem

souveräne wirtschaftspolitische Macht ein Nationalstaat wie Österreich noch hat, um die Arbeitslosigkeit im eigenen Land durch Konjunktur- und Ausgabenprogramme zu bekämpfen.

Die Hypothese, die überprüft werden soll, ist, dass zwar ein „massives“ Programm zur Reduzierung der gesamten Arbeitslosigkeit aufgrund von Punkt 5, 4, und teilweise Punkt 1 nicht möglich ist, allerdings eine gewisse Zahl an Arbeitsplätzen mittels eines „moderaten“ Programms geschaffen werden kann.

### **3 Methode**

Punkt 1 wird mittels einer Analyse der europäischen Verträge behandelt sowie einer Einschätzung, wie realistisch eine Strafe im derzeitigen politischen Klima erscheint. Für Punkt 3a werden verschiedene Szenarien mit Input-Output Tabellen simuliert. Die Annahme ist eine unilaterale Erhöhung der Staatsausgaben. Ausgehend von verschiedenen Szenarien zur maximalen Verschlechterung der Handelsbilanz wird der notwendige Anstieg der Staatsausgaben berechnet. Durch die entstehende Nachfrage lässt sich, auf Basis vergangener Entwicklungen, die Zahl an zusätzlichen Arbeitsplätzen abschätzen. Falls zeitlich möglich, soll eine erste Abschätzung von 3b mittels Arbeitsmarktdaten erfolgen. Punkt 5, die indirekte Einschränkung der heimischen Nachfrage durch eine Währungsunion bzw. ein fixes Wechselkursregime (vor allem mit Deutschland) kann am Beispiel Österreich 1978-1979 und Frankreich in den frühen 1980ern erörtert werden. Punkt 4 wird überblickmäßig behandelt falls Zeit bleibt.

Punkt 2 wird in den politischen Schlussfolgerungen diskutiert und dient als Wegbereiter für die anschließende Diskussion der Kongressteilnehmerinnen. Insbesondere stellt sich die Frage, ob man in Zeiten von Bernie Sanders und Jeremy Corbyn in der angelsächsischen Welt nicht doch mehr fordern darf, als man umsetzen kann, solange man eine glaubhafte Führungsfigur an der Spitze hat. Im Hinblick auf die katastrophalen Umfragedaten der SPÖ sogar vor der Flüchtlingskrise ist klar, dass ein vernünftiges, detailliert ausgearbeitetes Wahlprogramm spätestens für 2018 notwendig ist. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sollte an der Spitze dessen stehen.